

1974

W

Wohnbevölkerung
Liechtensteins:
23745.

Die Landtagswahlen bringen der Vaterländischen Union den Verlust eines Oberländer Mandates und damit

der Mehrheit im Landtag.

Die CSP bleibt unter 3% der Stimmen und verschwindet von der politischen Bühne (3.2.).

Der Landtag genehmigt das von der Jugend Union initiierte Postulat «Liechtensteinerin bleiben» (11.7.).

Hanni Wenzel erringt eine Gold- und eine Silbermedaille an den Ski-Weltmeisterschaften in St. Moritz, Willi Frommelt eine Bronzemedaille (8./9.2.).

Regierungschef-Stellvertreter wird Hans Brunhart (27.3.).

Das neue Ehegesetz (Zivilehe) tritt in Kraft (1.6.).

Gerichtspräsident Dr. Walter Hildebrand wird im Gerichtssaal erschossen (20.6.).

Brand der alten Holzbrücke Bendern – Haag (26.6.).

Dr. Otto Hasler wird neuer Präsident der Vaterländischen Union.

Ersten Weltkrieges, eine «Beschleunigung» der geschichtlichen Entwicklung anzustreben. Auch Wilhelm Beck erlag dieser Versuchung. Im November 1918 nutzte er zusammen mit Dr. Martin Ritter und Landtagsvizepräsident Friedrich Walser die Stimmung im Lande, um den Landesverweser Imhof zum Rücktritt zu bewegen. Dieser wohl vorbereitete Coup führte zur Wahl eines provisorischen Vollzugausschusses als Exekutive, dem auch Wilhelm Beck angehörte. Das besonnene Auftreten führender Personen beider Lager und die Einsetzung Prinz Karls von Liechtenstein in das Amt des Landesverwesers führten aus der verfahrenen Situation. Das im Dezember 1918 ausgehandelte Neun-Punkte-Programm bildete die Grundlage, um eine Verfassungsdiskussion einzuleiten.

Eine entscheidende Zäsur in dieser Verfassungsdiskussion stellten die Schlossabmachungen vom September 1920 dar. Die den Abmachungen vorausgehenden, mehrtägigen Verhandlungen waren massgeblich von Wilhelm Beck geprägt. Die Volksparteivertreter setzten durch, dass ihre Forderungen nach einer konstitutionellen Monarchie auf demokratischer und parlamentarischer Grundlage, die Verankerung der Staatsgewalt in Fürst und Volk, die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Landtag, das Recht auf Initiative und Referendum auf Gesetzes- und Verfassungsebene u. a. m. berücksichtigt wurden.

Bereits im Juni 1920 hatten die «Oberrheinischen Nachrichten» einen Verfassungsentwurf Wilhelm Becks veröffentlicht. Dieser enthielt einige Ansätze, die einer Totalrevision der Verfassung von 1862 gleichkamen. Neben den in den Schlossabmachungen durchgesetzten Forderungen sah der Entwurf Wilhelm Becks z. B. auch vor, das Notverordnungsrecht des Fürsten einer nachträglichen Zustimmung des Landtages zu unterstellen. Solche Vorstellungen eilten allerdings ihrer Zeit weit voraus, vielleicht sogar über unser Jahrtausend hinaus.

Der von Dr. Josef Peer als Regierungsvorlage ausgearbeitete Verfassungsentwurf stützte sich sowohl auf die Schlossabmachungen als auch auf den Entwurf